

Offener Brief an die Bundesregierung

von Susanne Sejana Kreth
Herausgeberin des Magazins LICHTSPRACHE

Ich habe mir das politische Geschehen sehr lange still betrachtet, darüber geschrieben und mit meiner bescheidenen, im Hintergrund wirkenden Tätigkeit als Autorin und Herausgeberin einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass ein Teil unserer Bevölkerung bewusstseinsmäßig aufgewacht ist. Inzwischen ist der Funke übergelungen und wir sind im Wandel unserer Gesellschaft angekommen. Dieser Wandel umfasst sehr viel mehr als das, was wir auf der politischen Bühne sehen und was sich auf die sozialen und wirtschaftlichen Systeme auswirkt. Ich möchte mich in diesem Offener Brief an die Bundesregierung wenden, mich jedoch darauf beschränken, was sich im Moment sichtbar in unserer Gesellschaft abspielt.

Der Mensch von heute entspricht nicht mehr dem vor 30 Jahren, was seine Bedürfnisse und sein Bewusstsein betrifft. Dementsprechend verändert sich unsere Gesellschaft im Moment auch sehr stark und reißt das Gefüge der Systeme, in denen wir leben, immer mehr auseinander. Das geht schon einige Jahre so, kommt aber jetzt zu einem Höhepunkt, an dem die Politik ernsthaft handeln muss. Überall ist zu beobachten, wie sich die Bedürfnisse, Anforderungen und Ansprüche an das Leben verändert haben. Diese passen nicht mehr zu den Systemen, in denen wir zur Zeit noch leben. Diese bedürfen einer dringenden Erneuerung.

Zuerst war es die Energiekrise, die den Wandel sichtbar zeigte. Im Jahr 2007 erreichte diese die kritische Masse, und erstmals wurde der Ruf laut, sich von der Atomenergie abzuwenden und die sauberen erneuerbaren Energien zu fördern, um das veränderte Klima zu schonen. Wir könnten heute schon sehr viel weiter sein, wenn Sie den Ausbau und die Förderung der erneuerbaren Energien unterstützen und sich von der Atomlobby distanzieren würden. Stattdessen werden Lobbyinteressen vorgezogen und es den Vertretern von sauberen Energien erschwert, einen Marktanteil zu gewinnen. Deutschlands Rolle ist es, Vorbild beim weltweiten Atomausstieg zu sein, doch Sie, liebe Frau Merkel, weigern sich, dieser Aufgabe nachzugehen und ziehen es vor, die Lobbyisten zu bedienen.

Dieselbe Tendenz sahen wir bei der Entwicklung neuer Antriebssysteme. Erst jetzt kommt in Bezug auf Elektroautos einiges in Gang, jedoch nur dadurch, dass die Atomlobby erwartet, wegen der nötigen Energie für eine flächendeckende Nutzung von E-Autos gebraucht zu werden. Tatsächlich belegen Studien, dass wir die Kernkraft nicht benötigen und allen Energiebedarf mit erneuerbaren Energien, so sie denn umgesetzt und ausgebaut werden, decken können. Würde jedes Land die Energie fördern, die seine Ressourcen hergeben (Sonne in heißen Ländern, Windkraft in Küstengebieten, Wasserkraftwerke an Flüssen usw.), wäre ein neues Energiesystem durchführbar. Einzig die Lobby- und Industrie-Interessen verhindern diese Entwicklung.

Zum anderen kommt die Klimalüge hinzu, die durch gefälschte wissenschaftliche Studien den Irrglauben verbreitet hat, dass allein das CO₂ dafür verantwortlich ist,

dass unser Planet sich erwärmt. Tatsächlich sind aber kosmische Einflüsse für den Wandel der Wettermuster und des Klimas verantwortlich. Es handelt sich dabei um einen natürlichen Vorgang unseres Planeten, der sich – mithilfe dieser kosmischen Einflüsse – auf andere Gegebenheiten einstellt. Ein Teil des Klimawandels ist natürlich menschengemacht – durch Industrie- und Autoabgase, die den Wandel des Klimas lediglich extremer gestalten als er natürlicherweise abliefe. Den einzigen Gewinn, den wir aus der CO2-Debatte ziehen, ist das Aufwachen der Menschen, die sich inzwischen überall für den Erhalt der Umwelt und die Förderung sauberer Energien einsetzen. Die Wahrheit, die vielen Klimaforschern jedoch klar ist, wird noch immer unterdrückt – ebenfalls aus Lobbygründen. Dahinter steht die Atomindustrie, die ein Interesse an längeren Laufzeiten der AKWs hat. Genau für diese setzen Sie, liebe Bundeskanzlerin, sich ein, nicht aber für die Wahrheit und die Umwelt.

Das zweite System, das vom Wandel ergriffen wurde, ist das Finanzsystem. Dies kam ebenfalls 2007, und auf breiter Ebene 2008, durch die Finanzkrise in Gang. Diese Krise ist aber ebenfalls nicht das, was öffentlich postuliert wird, denn es handelt sich bei ihr nicht um eine kurzfristige Wirtschaftskrise, die bei Erhalt des Geldsystems über kurz oder lang behoben sein wird, sondern um eine generelle Systemkrise. Ausgelöst durch die Gier der Banken, hat sie weltweit das Finanzsystem zersetzt, das im Moment notdürftig geflickt, nicht aber in seiner Wurzel angegangen wird. Damit meine ich nicht, dass strengere Regulierung helfen würde, denn diese haben wenig Sinn, wenn das Geldsystem wieder in Gang kommen soll. Es ist in einer Sackgasse angekommen, aber nicht weil es an nötigen Regeln fehlt, sondern weil das hochverschuldete System an seinem Ende angekommen ist und die Fehler zeigt, wegen denen es nicht mehr funktionieren kann. Dieser eingebaute „Fehler“ ist der Zins. Durch ihn hat eine Umverteilung der auf der Erde fließenden Geldmenge stattgefunden, und zwar stets in eine Richtung, so dass immer weniger Geldmenge im System zirkulieren konnte, um alle auf eine gleichmäßige Art und Weise mit dem ursprünglichen „Tauschmittel“ zu versorgen. Der Zins hat dafür gesorgt, dass Geld, das zu Anfang nicht da war, um ihn aufzubringen, aus der bestehenden Geldmenge abgezogen wurde und zu den Banken und letztendlich denen floss, die hinter den Banken stehen. Ein Geldsystem, das auf Zinsen basiert, führt letztlich immer dazu, dass ein Mangel und eine Umverteilung des Geldes entsteht. Auf diese Weise haben sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich ergeben, deren Kluft inzwischen riesengroß geworden ist. Die einzige Lösung für ein gesundes Wirtschaftssystem ist daher die Abschaffung des Zins und die Einführung einer Umlaufsicherung. Nur auf diese Weise findet eine gerechte Verteilung des Geldes statt, das stets im Geldkreislauf bleibt, ohne dass es durch Horten zum blockierten Geldfluss kommt. Ihr Politiker streitet Euch im Moment tagtäglich um eine verzweifelt gesuchte Lösung aus der Krise und überseht dabei, wie einfach alles wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann, wenn nur der Wille und das Bewusstsein für eine gerechte Verteilung und einen blühenden Wohlstand für alle Menschen da ist.

Damit sind wir beim dritten System, das jetzt in eine Krise geraten ist. Und das ist das Sozialsystem. Der Mensch, dessen Menschenwürde im Moment zu Grabe getragen wird, erlebt den Mangel an Wohlstand natürlich nicht, weil er nicht arbeiten will, sondern weil er trotz Leistung bis ins Kleinste vom Zinssystem geschröpft wurde, das ein Ungleichgewicht im Geben und Nehmen auf der Welt erzeugt hat. Dass das Steuersystem, das auf diesem Ungleichgewicht aufgebaut wurde, voll von

ungerechten Regulierungen ist, durch die die Lobbyarbeit (durch Parteispenden-Begünstigung z.B.) noch unterstützt wird, sei nur am Rande erwähnt. Tatsache ist jedoch, dass die Umverteilung des Geldes (durch das Zinssystem) das Sozialsystem in die Enge getrieben hat. Zum anderen ist auch das Ende des Wachstums erreicht, etwas, das Ihr Politiker noch nicht mitbekommen zu haben scheint. Denn inzwischen hätten wir eine blühende Wohlstandsgesellschaft erreicht, ebenso hohe technologische Errungenschaften, wenn das Geld da geblieben wäre, wo es hingehört: bei allen Menschen. Längst ist nicht mehr genug Arbeit für alle da, und sie reicht schon lange nicht mehr für eine volle Erwerbsarbeit für jeden aus. Eigentlich sollten wir uns darüber freuen, dass – wäre die Arbeit gerechter verteilt – jeder von uns heute nicht mehr soviel arbeiten müsste, um das an Leistung zu erbringen, das unsere Gesellschaft zum Erlblühen bringt. Eine gesunde Gesellschaft übersieht diese Zeichen nicht, doch Sie interpretieren die hohe Arbeitslosenzahl als schlecht regulierten Arbeitsmarkt und Faulheit der Nicht-Arbeitenden. In Wirklichkeit braucht nicht mehr so viel gearbeitet zu werden, und die hohe Arbeitslosenquote zeigt uns eigentlich den *prozentualen Überschuss an Wachstum!*

Doch der Wohlstand, der eigentlich daraus folgen müsste, dass genug für alle erwirtschaftet wird, hat sich nicht eingestellt. Warum? Weil durch das Zinssystem eine Umverteilung stattgefunden hat und nur diejenigen, die Zinsen erhalten, von dem erreichten Wachstum profitierten. Zuviel ging die ganze Zeit in Richtung derjenigen, die bereits viel haben, während der Wohlstand derer, die schwer dafür arbeiten, sich immer mehr schmälerte. Statt also den erreichten Wohlstand gerecht zu verteilen, wurde ein Ungleichgewicht geschaffen. Fortan arbeiteten die untere und Mittelklasse für die Zinsen und für diejenigen, die von dem erreichten Wachstumsstand, profitierten. Heute muss der Mittelstand mehr arbeiten als je zuvor, um weniger Standard als früher halten zu können. Und nur das Abzucken des Geldes in Richtung Reiche hat dies verursacht.

Statt knapp bemessene Hartz IV-Gelder auszuteilen und den „Wachstums-Überschuss“ (die Arbeitslosen) wie nutzlose Menschen zu behandeln, wäre es sinnvoller gewesen, den erreichten Wachstumsstand der „fetten“ Jahre von vorneherein regelmäßig zu verteilen. Das Bedingungslose Grundeinkommen wäre solch eine Lösung. Es würde sogar noch die Prämisse erfüllen, die im Moment durch alle Debatten geht: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Denn bekäme jeder Mensch ein Grundgehalt vom Staat (= gerechte Verteilung), würde nicht nur der Leistungszwang wegfallen, sondern jeder Mensch könnte selbst entscheiden, ob er arbeitet und wie viel er dazu erwirtschaftet. Dadurch hätte jeder, der arbeitet, automatisch mehr als diejenigen, die es nicht tun. Und ich bin mir sicher, dass auch jene Minderheit, die im Moment keine Motivation hat, in Arbeit zu gehen, wieder Lust verspüren wird, am Schaffensprozess des Lebens teilzunehmen. Allein die Einführung des Grundeinkommens würde die Menschen aufatmen lassen, weil sie vom Druck des Leistungs- und Wachstumszwangs entkoppelt würden. Im Laufe der Zeit würde jeder Mensch wieder erspüren können, was er gerne tut und wo seine Gaben und Fähigkeiten liegen. Das Resultat wäre ein Land voller Menschen, die erfüllt einer Aufgabe nachgehen, die ihnen entspricht und die dem Wohle aller dient. DAS würde zu einer immensen Wirtschaftsblüte führen und das große Ungleichgewicht zwischen Geben und Nehmen auflösen! Sie aber debattieren endlos um Hartz IV-Regelungen, Mindestlöhne und Steuern, um letztendlich einer Fortsetzung und Verschlimmerung der schlechten Verteilung des vorhandenen Geldes zu dienen. Es ist im Grunde sehr einfach, die Schritte in eine blühende

Zukunft einzuleiten, in der jeder Mensch in Würde, Fülle und Zufriedenheit leben kann, und es ist mir ein Rätsel, warum Sie, die unser Land leiten, diese einfache Lösung übersehen. Im Grunde lässt es nur einen Schluss zu: Sie sind bisher nicht auf die naheliegendste Lösung gekommen oder Sie wollen sie nicht.

Dass Steuergelder der arbeitenden Bevölkerung missbraucht und zu unsinnigen Zwecken wie z.B. die Unterstützung des Krieges in Afghanistan oder für Projekte verwendet wird, die in der Atomlobby, der Pharmaindustrie usw. Verwendung finden, führt dazu, dass immer weniger Menschen Lust haben, Steuern zu zahlen. Es wird ja doch nur wieder für Dinge verwendet (verschwendet), die uns nicht dienlich sind! Paradebeispiel war der unsinnige Fehlkauf der Impfdosen gegen die harmlose Schweinegrippe. Trotzdem die Medien uns weismachen wollten, es handele sich um ein gefährliches Virus, konnte sich aufgrund mutiger und intuitiv richtig liegender Menschen, die im Internet für Aufklärung sorgten, bei vielen Menschen durchsetzen, sich keine Angst vor der Schweinegrippe machen zu lassen. Im Bewusstsein der Menschen ist längst angekommen, was wahr ist und was nicht. Man kann uns nichts mehr vormachen, doch Sie versuchen es nach und wie vor und werden dabei immer unglaubwürdiger. Resultat der falschen Einschätzung, was die Impfung betraf: Den Krankenkassen fehlt erneut Geld. Kassen, deren Verwaltungsaufwand aber einfach zu hoch ist, und die dennoch ihre Kosten mit laufenden Beitragserhöhungen auf die Patienten umwälzen, weil sie der Meinung sind, sie müssten intern nichts ändern. Auch die Abwrackprämie ist ein solches Beispiel, diente sie doch dem wirtschaftlichen Zuwachs der sterbenden Autoindustrie. Auch das war völlig sinnlos, da es viel wichtiger gewesen wäre, in neue Technologien zu investieren, statt dem Verbrennungsmotor zu kurzfristigem Aufschwung zu verhelfen. Auch die Rettung der Banken aus Steuergeldern war eine Fehlentscheidung, da dieses Geld den Banken gezeigt hat, dass sie so weitermachen können wie bisher – was sie ja auch tun. Ebenso ist das Zulassen der Privatisierung von Allgemeingut ein Fehler, denn dabei handelt es sich um eine Veräußerung der eigenen Kultur und ein Ausverkauf der Errungenschaften der Gesellschaft. Und das nur, weil Zinsen nicht mehr bedient werden können und man verzweifelt versucht, der Verschuldung entgegenzuwirken. Einer Verschuldung, die nur durch das Zinssystem zustande gekommen ist. Neuestes Beispiel zweifelhafter Regierungshandlungen ist der Ankauf der Bankdaten-CD mit Steuergeldern, wodurch Sie, die Bundesregierung, endgültig den Rechtsstaat ad absurdum erklärt haben, weil sie sich selbst zum Hehler gemacht haben. Es hätte weitaus ehrlicher ausgesehen, hätten Sie versucht, die Daten ohne den Einsatz von Steuergeldern zu bekommen. Doch die Ursache für die Steuerhinterziehung wird nicht angegangen. Diese liegt im begründeten mangelnden Vertrauen gegenüber dem Staat und der Regierung, weil die Gelder der Menschen mehr verschwendet werden als je zuvor. Wäre das Vertrauen in die Regierung da, würde jeder gerne Steuern zahlen, um für eine bessere Bildung, Förderung von Kultur und Sozialem, guter Stadtplanung und saubere Technologien zu sorgen.

Diese fehlerhafte Einschätzung für die notwendigen Entscheidungen, was den Wandel unserer Gesellschaft betrifft, hat das Vertrauen in den Staat kaputt gemacht. Menschen gehen nicht umsonst auf die Straße. Sie laufen sogar inzwischen Amok. Firmen kämpfen ums Überleben und liefern sich einen verzweifelten Preiskampf. Und die meisten Menschen, Firmen und Staaten in Europa und anderswo versuchen verzweifelt, aus der Verschuldung (durch den Zins) herauszukommen. Das sind alles Zeichen, die Sie, die Politiker, bemerken müssen! Wachstum und Leistung gehörten in das vorherige Jahrtausend. Da hilft auch kein

„Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Das Zinssystem gehört weltweit abgeschafft, um wieder zu einer gerechten Verteilung und zu Wohlstand für alle zu finden. Vielleicht ist ein Bedingungsloses Grundeinkommen, das vielen Menschen im Moment helfen würde, aus dem Zwang der Leistung und der Schikane des Hartz IV-Gesetzes herauszukommen, dann vielleicht gar nicht mehr notwendig.

Ich bitte die Bundesregierung, endlich anzufangen, sinnvolle Politik zu betreiben und die tatsächlichen Notwendigkeiten zu sehen, anstatt Lobbyinteressen zu bedienen und der jeweils anderen Partei die Schuld zuzuschreiben. Dazu wäre es auch sinnvoll, das Volk in wichtige Entscheidungen miteinzubeziehen, statt wie bisher allein Dinge zu beschließen. Das Volk ist längst erwacht, hat gute Ideen, was man besser machen kann, und will gefragt werden. Es wird Zeit, dass Ihr Euch wieder Eurer eigentlichen Rolle besinnt: Angestellte des Volkes zu sein und den Bürgern zu entsprechen. Auch hier fehlt es an einem ausgeglichenen Geben und Nehmen. Für die Unterstützung des sich wandelnden Klimas ist es absolut wichtig, erneuerbare Energien zu 100 Prozent zu unterstützen und den Atomlobbyisten einen Riegel vorzuschieben. Alle unnütz verschwendeten Steuergelder, die in den Krieg in Afghanistan, in die Bereicherung der Pharmakonzerne, in die Förderung alter Antriebskonzepte einfließen, sollten schleunigst für den regionalen Erhalt der Systeme, für erneuerbare Energien, neue Verkehrskonzepte und vor allem in ein neues Finanzsystem investiert werden. Wenn so weitergemacht wird wie bisher, ohne zu erkennen, dass eine sich wandelnde Gesellschaft nicht mit bisherigen Methoden zum Erlühen gebracht werden kann, dann ruinieren Sie bewusst das letzte bisschen Würde der arbeitenden Bevölkerung, das Energiesystem unseres Planeten, die Umwelt und einen Großteil der Errungenschaften wertvoller Menschen, die stets dazu beigetragen haben, dass wir auf einem Planeten leben können, der sich entwickelt. Mit dem Zwang zum Wachstum und zur Leistung und mit Ihren lobbyistischen Eigeninteressen sorgen sie im Moment für das genaue Gegenteil.

Unser Planet Erde wandelt sich, und wir verändern uns mit ihm. Es findet eine enorme evolutionäre und gesellschaftliche Umwandlung statt, dessen Ausmaß wir gar nicht erfassen können. Es geht dabei um eine wesentliche Sache, die wir wieder in den Griff bekommen müssen: Das Ungleichgewicht von Geben und Nehmen. Reichtum ist nicht nur mit Geld erreicht, denn innerer Reichtum ist das, was denen fehlt, die versuchen, immer mehr an materiellen Gütern und Geld zu bekommen. Dagegen fehlt es denen, die ihren inneren Reichtum kennen, oft an äußerem Wohlstand. Genau da muss es sich wieder ausgleichen. Und Sie, die Politiker, die an den Hebeln des Gesetzes und auf der Plattform der Entscheidungen stehen, haben maßgeblichen Einfluss auf dieses Gleichgewicht. Liebe Mitglieder der deutschen Bundesregierung, verspielen Sie bitte nicht die Zukunft unserer Gesellschaft, indem Sie kurzfristigen Erfolgen und Wachstumschancen nachjagen. Dazu steht viel zu viel auf dem Spiel. Die Zeichen der Zeit stehen auf Umbruch. Bitte beachten Sie diese Zeichen, um zu gewährleisten, dass künftige Generationen nicht sagen müssen: Wieso haben Sie unsere Gesellschaft, unseren Planeten einem Ausverkauf dargeboten? Es hätte doch nur so wenig bedurft, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Und das ist die oberste Priorität, wenn wir wollen, dass unser Planet und unsere Zivilisation den Wandel so überstehen wollen, dass er uns allen eine wahre Transformation und keinen Zusammenbruch beschert. Oder wollen Sie so lange warten, bis die Menschen sich als Kollektiv zusammenschließen und sich schlichtweg weigern, den Staat, den Sie gerade zugrunde richten, weiter mit Steuergeldern zu finanzieren? Oder wollen sie vielleicht so lange warten, bis es

keinem Menschen mehr möglich ist, Steuern zu bezahlen? Im Moment steuern Sie mit Ihren Entscheidungen auf einen Zusammenbruch hin. Der Übergang in eine neue Gesellschaft in Wohlstand und gerechter Verteilung aller Ressourcen kann ein sanfter Übergang werden. Dazu bedarf es wichtiger Entscheidungen in Bezug auf die künftige Gesellschaft. Bitte entscheiden Sie weise!

Dieser Brief kann und sollte sogar kopiert und verteilt werden. Wer mag, schicke ihn bitte auch an die Bundesregierung und/oder zu lokalen Regierungsbehörden.